



INTERVIEW

# ES GIBT EIN GRUNDRECHT AUF ZINSEN

*Der ehemalige Verfassungsrichter Prof. Paul Kirchhof macht sich große Sorgen um das Recht auf Privateigentum in Deutschland und kritisiert die Politik der Europäischen Zentralbank scharf*

## VITA

### Prof. Paul Kirchhof

Geb. 1943, Jurastudium in Freiburg und München, 1968 Promotion, 1974 Habilitation

1975–1981 Professur an der Uni Münster, seit 1981 an der Uni Heidelberg

1987–1999 Richter am Bundesverfassungsgericht

Seit seiner Emeritierung und Ernennung zum Seniorprofessor distinctus der Universität Heidelberg im Jahr 2013 wirkt Kirchhof weiter als Wissenschaftler und Publizist

**FOCUS-MONEY:** Auf seiner vorletzten Zins-Sitzung hat der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, vor Kurzem eine weitere Lockerung der Geldpolitik verkündet. Er wird damit zum ersten EZB-Präsident, der in seiner Amtszeit die Zinsen kein einziges Mal angehoben hat. Wie bewerten Sie diese Politik?

**Paul Kirchhof:** Die Institution der EZB verletzt die verfassungsrechtlich garantierte Substanz einer modernen Form des Privateigentums. Dabei ist die EZB mit richterlicher Unabhängigkeit allein zu dem Zweck der Geldwertstabilität ausgestattet. Nur dafür wurde sie aus dem demokratischen System, also aus der täglichen Verantwortung gegenüber dem Gesetzgeber, entlassen.

**MONEY:** Sie haben in einem anderen Interview einmal gesagt, die Kernidee des Eigentums wurde abgeschafft. Treiben uns die Notenbanker mit ihrer Zinspolitik in eine neue Art des Geld-Sozialismus?

**Kirchhof:** Das ist eine pointierte Formulierung. Aber wir haben in der Tat ein gravierendes Problem. Die EZB betreibt gerade die größte Umverteilung in der Geschichte der Europäischen Union. Ihre Politik lässt Aktien steigen, während die Erwartungen des Sparer, der 60 Jahre lang die Erfahrung gemacht hat, dass er sein gespartes Geld zu seinem wirtschaftlichen Vorteil nutzen kann, wie weggeblasen sind. Das würde kein Parlament der 28 Mitgliedsstaaten wagen.

**MONEY:** Warum?

**Kirchhof:** Ganz einfach. Wenn es eine öffentliche Debatte über dieses Thema gäbe, würden die Abgeordneten auf ihre Wähler hören und dann entscheiden, jedes Kapital müsse ertragsfähig bleiben. Keine Institution hat das Recht, dem Eigentümer diese Ertragsfähigkeit zu rauben.

**MONEY:** Das müssen Sie uns genauer erklären, gibt es Ihrer Ansicht nach also tatsächlich ein Recht auf Zinsen?

**Kirchhof:** Es gibt ein Recht auf die wirtschaftliche Nutzung des Eigentums. Jeder kann beispielsweise sein Haus selbst bewohnen, aber er kann es auch vermieten.

**MONEY:** Gut, das kann man ja auch weiterhin ...

**Kirchhof:** Stimmt, aber was macht derjenige, der seinen Lebensunterhalt in erster Linie durch Erwerb von Geld

bestreitet, also der Arbeitnehmer, der mit seiner Arbeitskraft einen Lohnanspruch und später einen Sozialversicherungsanspruch erwirbt? Sein Eigentum ist Geld. Dieses Geld will er ertragreich anlegen. Das ist ein Kerninhalt der Eigentumsgarantie. Just diese Möglichkeit, einen wirtschaftlichen Nutzen aus seinem Kapital zu ziehen, Zinsen zu bekommen, ist ihm durch die Nullzinspolitik der Notenbank genommen.

**MONEY:** Nun befürchten manche Experten ja bald sogar Strafzinsen auf Spargbücher und Girokonten ...

**Kirchhof:** Wenn der Sparer seine Bank dafür bezahlen muss, dass sie sein Geld nutzen darf, verkehrt das die Eigentumsidee in ihr Gegenteil. Da sehe ich ein großes grundrechtliches Problem.

**MONEY:** Nämlich?

**Kirchhof:** Die Eigentumsfreiheit wird akut gefährdet für einen Großteil der Menschen, die über wenig Kapital verfügen, aber etwas Gespartes haben und dieses ertragreich anlegen wollen. Das Problem geht allerdings noch weiter. Eine solche Grundsatzentscheidung steht der EZB in keiner Weise zu. Sie ist der Garant für Geldwertstabilität, aber keine Umverteilungsagentur, die den Besitzer von Sachwerten reicher und den Sparer ärmer machen soll.

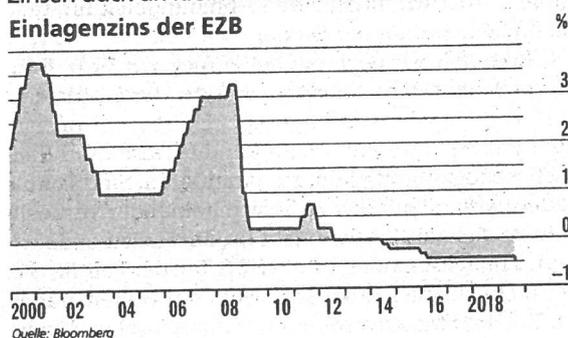
**MONEY:** Aber genau das passiert doch momentan, oder?

**Kirchhof:** Diesen Effekt kann man an den immens gestiegenen Immobilienpreisen erkennen. Die EZB organisiert hier eine Inflation. Sie druckt Geld und verteilt dieses an Personengruppen, die vorwiegend Grundstücke und Aktien kaufen. Wenn dort die Preise extrem steigen, können sich vor allem junge Familien, die in einer Großstadt leben, heute den Kauf eines Grundstücks bei einem durchschnittlichen Einkommen nicht mehr leisten. Da entstehen Verwerfungen und Verschiebungen, die tief in die Lebenskultur der einzelnen Menschen eingreifen. Eine solche Umverteilungspolitik kann auf Dauer nicht erfolgreich sein. Sie mag kurzfristig den Zusammenbruch von Banken oder auch einzelner Staaten verhindern, aber nur um den Preis, dass die Schulden weiter steigen und sich das Problem der Banken und Staaten immer weiter vergrößert.

**MONEY:** Auf der anderen Seite könnte man allerdings ►

## Kommen bald Strafzinsen für Sparer?

Die Strafzinsen für Banken liegen in der Euro-Zone seit vergangener Woche bei rekordtiefen minus 0,5 Prozent. Wann reichen die Banken die negativen Zinsen auch an kleinere Kunden weiter?

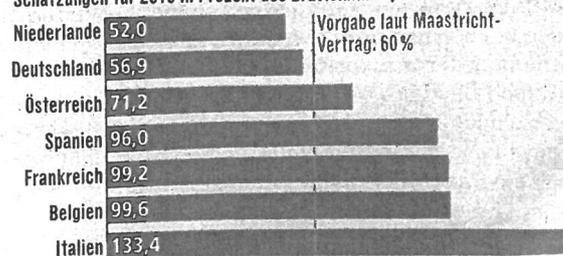


## Stabilität in weiter Ferne

Laut Maastricht-Vertrag dürfte der Schuldenstand eines Mitgliedsstaats 60 Prozent des BIP nicht überschreiten. In der Euro-Zone schaffen das nur wenige.

### Staatsschulden in der Euro-Zone

Schätzungen für 2019 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts





auch argumentieren, die EZB habe das alles ja nur getan, um den Euro zu retten. Wenn man die Zinsen angehoben hätte, wäre ja eventuell das ganze System zusammengebrochen. Wenn es zum Beispiel dazu gekommen wäre, dass die hochverschuldeten Krisenstaaten wie Italien, Spanien oder Griechenland ihre Verbindlichkeiten nicht mehr bedienen können. Das hätte theoretisch noch weitaus schlimmere Folgen für das Eigentum der Sparer haben können. Ist die Abschaffung des Zinses dann vielleicht nicht das kleinere Übel?

**Kirchhof:** Die Frage ist doch, wurde es durch die Eingriffe überhaupt besser? Wenn wir die hochverschuldeten Staaten ermutigen, sich noch weiter zu verschulden, und wir davon ausgehen, dass eine Darlehensschuld irgendwann auch zurückgezahlt werden muss, dann ist das ein eklatanter Verstoß gegen den Generationenvertrag. Dieser besagt, dass jeder, der heute aktiv arbeitet, im Alter in ähnlichen Verhältnissen leben können wird wie heute. Das garantiert die nächste Generation mit ihrer Produktivität. Aber die Kinder werden immer weniger, und die Menschen werden immer älter. Die Folge: Eine immer kleinere Zahl an Schuldnern muss eine wachsende Zahl an Gläubigern bedienen. Allein das ist schon eine Zumutung. Wenn wir unseren Kindern jetzt zusätzlich noch eine Staatsverschuldung in immenser Höhe aufbürden, weil wir über unsere Verhältnisse leben, kann sich jeder ausrechnen, dass das System irgendwann zusammenbricht.

**MONEY:** Wie würden Sie stattdessen versuchen, die Probleme zu lösen?

**Kirchhof:** Unser Bundestag hat nach der Finanzkrise vor gut zehn Jahren etwas Großartiges getan. Er hat das Grundgesetz geändert und ein Neuverschuldungsverbot eingeführt. Für den Bund gilt es ab 2016 und wurde bisher auch eingehalten. Für die Länder gilt die Schuldenbremse ab 2020. Das heißt: Die Bundesrepublik Deutschland hat sich trotz der Schuldenorgien in den Nachbarstaaten und in der EU entschieden, diese Schuldenlawine zu beenden. Wir haben zwar noch die alten Schulden, aber die werden wir bedienen. Entscheidend ist, es findet keine Neuverschuldung mehr statt. Wir haben die Kraft, uns von der Droge der Schulden zu entwöhnen, an die sich alle gewöhnt haben. Diesen Schritt hat Deutschland von Verfassung wegen als unausweichliche Pflicht auch für den Haushaltsgesetzgeber festgeschrieben. Das ist eine Zäsur. Wenn es Schule machen wird, bin ich zuversichtlich, dass wir die Probleme in den Griff bekommen können.

**MONEY:** Das klingt natürlich erst einmal vernünftig. Schulden können immer zu Fehlentwicklungen verleiten. Aber erfahrene Finanzexperten wie zum Beispiel Jens Ehrhardt warnen allerdings: Wenn sich die ganze Welt weiter munter verschulde und investiere, während Deutschland als einziges Land vernünftig bleibt und sparsam lebt, könnten wir am Ende wirtschaftlich abgehängt werden. Sehen Sie diese Gefahr nicht?

**Kirchhof:** Das glaube ich nicht. Bei hohen Schulden steht auch die staatliche Souveränität auf dem Spiel. Wer hoch-

verschuldet ist, muss regelmäßig die Altschulden verlängern und neue Kreditgeber finden. Normalerweise fragt ein Kreditgeber dann zuerst, wie viel Zinsen ein Staat zu zahlen bereit ist. Jetzt gibt es aber keine Zinsen mehr, und manchmal bekommt der Schuldner sogar Geld, wenn er sich etwas leiht. Das ganze System steht auf dem Kopf. Da stellen die Kreditgeber nun andere Kriterien auf, nach denen Sie das Geld vergeben. Sie fragen dann nach der Politik des Landes. Wie steht es um das Arbeitsrecht oder das Umweltrecht?

**MONEY:** Der Finanzmarkt bekommt also einen Einfluss auf die Politik?

**Kirchhof:** Exakt! Ein hochverschuldeter Staat gibt einen Teil seiner politischen Verantwortung an den Finanzmarkt ab. Das berührt die Demokratie im Kern. Der demokratische Wähler hierzulande erwartet, dass er mit der Wahl des Bundestags das Zentrum der Macht wählt. Und so wie er sich am Bundestag orientiert, müsste sich der Bundestag auch an den Wählern orientieren. Wenn der hochverschuldete Staat sich aber in wachsende Abhängigkeit vom Finanzmarkt begibt, ist die Bezugsgröße der Politik plötzlich eine ganz andere. Es ist nicht mehr der Bürger und der Wähler, sondern es ist die anonyme Größe eines Marktes, die wir politisch nicht zur Verantwortung ziehen können.

**MONEY:** Wenn man sich die Staatsschulden in Europa ansieht, sind das keine guten Aussichten für die Wähler. Lässt sich diese Entwicklung überhaupt

noch aufhalten?

**Kirchhof:** Ich denke, noch haben wir die Chance, auf die Bremse zu treten. Man muss die Neuverschuldung allerdings schnellstmöglich kappen, denn sie löst keine Probleme. Stattdessen muss die Grundgleichheit des Finanzstaats wiederhergestellt werden.

**MONEY:** Wie meinen Sie das?

**Kirchhof:** In unserem System belässt der Staat die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit in privater Hand. Er hat also keine eigenen Erträge und muss sich deshalb durch Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg seiner Bürger finanzieren – durch Steuern. Und dann gilt die einfache Regel: Die Summe der Steuereinnahmen bestimmt die Möglichkeit der Ausgaben. Wenn wir dieses Gleichgewicht wiederherstellen, dann haben wir zwar noch die Altschulden, aber die können wir behutsam reduzieren. So ist dieses bedrohliche Schuldenproblem sehr bald in den Griff zu bekommen. Aber wir müssen den Abhängigen klipp und klar sagen: Schluss mit der Droge!

**MONEY:** Kommen wir noch einmal zurück zur EZB. Bundesbankpräsident Jens Weidman hat zu der Kritik, die auch Sie vorgebracht haben, gesagt: Es ist nicht unsere Aufgabe, den Sparer eine reale Rendite, also eine Rendite nach Abzug der Inflation, zu garantieren. Sind Politik und Notenbank nicht doch zu sehr miteinander verflochten? Müsste sich das System nicht grundsätzlich ändern?

**Kirchhof:** Zunächst einmal ist die EZB Teil der Politik. Sie ist zwar nicht staatlich, aber sehr wohl ein Hoheitsträger und ein Teil des Staatenverbunds der Europäischen Union.

*Die Zinspolitik der EZB ist im Grunde eine Enteignung der Bürger“*

## „Negativzinsen gefährden letzten Endes die Demokratie“

Das ist auch folgerichtig, denn das Währungsmonopol liegt grundsätzlich beim Staat. Aber die Aufgabe der Zentralbank ist eng begrenzt. Wir müssen die Zentralbank wegen ihrer richterlichen Unabhängigkeit, die ich anfangs betont habe, wieder auf ihre Aufgabe der Geldwertstabilität beschränken. Und zwar die Geldwertstabilität für jedermann. **MONEY:** Könnten Sie die richterliche Unabhängigkeit noch einmal genau erklären?

**Kirchhof:** Die EZB ist an keine Weisungen gebunden und ist auch dem Europäischen Parlament gegenüber nicht verantwortlich. Normalerweise geht in einer Demokratie alle Staatsgewalt vom Volke aus, wird aber repräsentiert durch das Parlament. Alle Organe sind dem Parlament verantwortlich. Mit Ausnahme des Richters. Er ist an das Gesetz gebunden, aber nicht an das Parlament. Diese Besonderheit der richterlichen Unabhängigkeit wurde auf ein Verwaltungsorgan übertragen, das die Währungsstabilität garantieren soll. Im Prinzip ist das eine gute Idee. Denn ein Parlament neigt gegen Ende der Legislaturperiode gern zur Verschwendung, um den Wählerwillen zu gewinnen. Genau deswegen wurde die EZB dem Einfluss des Parlamentarismus entzogen.

**MONEY:** Ist das mit einer Demokratie vereinbar?

**Kirchhof:** Das Bundesverfassungsgericht hat diese Frage im Maastricht-Urteil bejaht. Aber eben nur für diesen speziellen Fall der fundamentalen Aufgabe der Geldwertstabilität. Unsere ganze Wirtschaft ist eine Geldwirtschaft. Das Geld hat einen Wert, weil wir Vertrauen in das Geld setzen. Der deutsche Staat und die Europäische Union gewährleisten dem Bürger Folgendes: Wer 100 Euro gespart hat und dieses Geld in reale Wirtschaftsgüter einlösen will, hat die Garantie, auch reale Güter im Wert von diesen 100 Euro zu erhalten. Wenn dieses Vertrauen nicht mehr gilt, dann bricht etwas Essenzielles zusammen. Und zwar nicht nur im Geldmarkt und in der Wirtschaft, sondern auch in unserer Demokratie. Deswegen sage ich ganz deutlich: Hände weg von diesem Experiment einer Inflationspolitik.

**MONEY:** Der Ökonom Marcel Fratzscher vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat vor Kurzem gesagt, man müsse eigentlich auf die Realzinsen schauen. Früher waren die nominalen Zinsen höher, aber eben auch die Inflationsrate war deutlich höher. Unter dem Strich war das Ergebnis also ähnlich wie heute. Was würden Sie ihm entgegen?

**Kirchhof:** Man kann nicht ein Unrecht durch ein anderes Unrecht kompensieren. Die EZB ist dazu da, die Inflation zu verhindern und die Ertragsfähigkeit des Geldeigentums nicht anzugreifen. Das sind ihre beiden Verpflichtungen.

**MONEY:** Aber was ist so schwer daran, diese Pflicht zu erfüllen?

**Kirchhof:** Wir denken heute viel zu sehr an die Globalwirtschaft und haben den Menschen aus dem Blick verloren. Die Verfassung fragt aber nicht: Haben wir ein Wirtschaftswachstum von zwei Prozent? Die Verfassung betrachtet den einzelnen Menschen und fragt zum Beispiel, wie ist der Bürger als Besitzer einer Aktie betroffen, wie ist er als Landwirt betroffen oder wie ist er als Sparer mit seinem Sparbuch betroffen. Dieser Staat und damit auch die Staatengemeinschaft der Europäischen Union sind auch auf den einzelnen Menschen ausgerichtet und müssen sich durch ihre Wirkungen für den einzelnen Bürger rechtfertigen. Das heißt: Die EZB muss zwei Dinge gewährleisten: stabiles Geld und ertragsfähiges Geldkapital. Wenn sie beim stabilen Geld Fehler macht, darf sie nicht auch noch beim ertragsfähigen Sparbuch Fehler machen. Die Verfassung garantiert zwar nicht die Ertragsfähigkeit in einer bestimmten Summe. Das regelt der Markt. Sie sichert dem Sparer aber die Chance, durch Sparen, solange unsere Rechtsordnung diese Anlageform anbietet, im Regelfall Erträge erzielen zu können. Stellen wir uns den Eigentümer eines Kaufhauses vor, der dessen Türen offen hält, damit die Kunden hereinströmen und kaufen. Der Markt bestimmt, ob die Kunden kommen und kaufen. Der Staat garantiert, dass der Eigentümer sein Kaufhaus offen halten kann. Würde der Staat die Türen versperren, wäre das ein Verstoß gegen die Eigentumsgarantie. Nichts anderes gilt, wenn der Sparer sein Sparbuch für den Zinsertrag offen hält, eine Hoheitsgewalt aber den Zugang zu den Zinsen versperrt. ■

MATTHIAS DWORAK/MARIO LOCHNER

### Das Interview auf YouTube

Sie wollen das Gespräch in voller Länge als Video sehen? Dann surfen Sie einfach auf den YouTube-Kanal Mission Money und genießen Sie die Ausführungen kostenlos!



[www.youtube.com/missionmoney](http://www.youtube.com/missionmoney)

auf

## CO2 in Produkten: Der Konsument kann gar nicht lesen

Die "ADAC Motorwelt" will mit einem Autovergleich SUV-Fahrern Mut machen: Alles gar nicht so schlimm! In dem Test fehlt aber stets die wichtigste Zahl. Das ist ein Symptom: Wir alle sind Klima-Analphabeten.

© SPIEGEL ONLINE

Eine Kolumne von Christian Stöcker

In der aktuellen Ausgabe der "ADAC Motorwelt", der auflagenstärksten deutschen Publikumszeitschrift, findet man einen "SUV-Faktencheck". Darin werden aktuelle Automodelle vergleichbaren Stadtgeländewagen der gleichen Marke gegenübergestellt.

Der Text selbst kommt zu dem vernünftigen Schluss, dass man sich überlegen sollte, ob man wirklich ein Auto braucht, das größer ist als das Auto, das man braucht. Und dass man sich fragen sollte, ob es wirklich "zwingend ein Modell mit Allradantrieb sein muss". Da kann ich hier kurz aushelfen: Nein, muss es nicht, außer vielleicht, Sie sind Landwirt oder wohnen im Hochgebirge.

Das Interessanteste an dem Text sind die Direktvergleiche. Zum Beispiel BMW 630D GT gegen BMW X5 Xdrive 30D. In praktischen Tabellen hat die Redaktion Kennzahlen zu den jeweiligen Modellen gegenübergestellt: Höhe, Kofferraumvolumen, Preis, "Testverbrauch".

Seltsam: Die wichtigste Kennzahl fehlt

Den SUVs werden in dem Artikel pauschal "praktische Eigenschaften" bescheinigt, Länge und Breite der Fahrzeuge aber teilt der ADAC in der Regel nicht mit. Beides verwundert etwas, wenn man einmal zugesehen hat, wie jemand versucht, einen Volvo XC90 (über zwei Meter breit und fast fünf Meter lang) in einem Parkhaus abzustellen.

Die eigentlich interessanteste Zahl fehlt beim ADAC-SUV-"Faktencheck" seltsamerweise: der CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Der von einem schlechten Gewissen geplagte potenzielle SUV-Käufer muss also selbst ausrechnen, dass zum Beispiel der Mazda CX-3, legt man den ADAC-"Testverbrauch" von 6,6 Liter Super pro 100 Kilometer zugrunde, gut 2,13 Kilogramm CO<sub>2</sub> pro 100 Kilometer mehr ausstößt als das Vergleichsmodell, ein Mazda 2. Das macht, legt man eine jährliche Fahrleistung von 20.000 Kilometern zugrunde, satte 426 Kilogramm CO<sub>2</sub> pro Jahr aus. 426 Kilogramm MEHR. Die Basis für die Berechnungen in dieser Kolumne sind die Emissionsfaktoren für Diesel und Benzin, die die Dekra zugrundelegt. Andere setzen diese Faktoren noch deutlich höher an, etwa das österreichische Umweltbundesamt, weil sie auch die CO<sub>2</sub>-Emissionen bei Förderung, Veredelung und Transport einkalkulieren. Legt man die österreichischen Emissionsfaktoren zugrunde, erzeugt das Mazda-SUV sogar 520 Kilogramm CO<sub>2</sub> mehr als der Mazda 2.

Eigentlich darf jeder Erdenbürger nicht mehr als etwa drei Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr produzieren, wenn wir die Klimakatastrophe verhindern wollen. Da sind 426 oder gar 520 Kilogramm mehr oder weniger durchaus relevant.

Das finden Sie komisch? Das hat seine Gründe.

Stellt man die beiden oben genannten BMWs gegenüber, produziert das SUV bei 20.000 Kilometern Fahrleistung im Jahr sogar 900 Kilogramm CO<sub>2</sub> mehr als das Vergleichsmodell. Insgesamt erzeugt der X5 bei 20.000 Kilometern im Jahr fast 4,2 Tonnen CO<sub>2</sub>.

Falls Sie diese Zahlen überraschen: Das ist ganz normal, keine Sorge. Und es hat seine Gründe.

Zunächst einmal sind schon die Herstellerangaben, was den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Autos angeht, sagen wir mal: optimistisch. Bis vor zwei Jahren maßen die Hersteller den CO<sub>2</sub>-Ausstoß nach dem sogenannten NEFZ-Verfahren. Man könnte auch sagen: Die Hersteller erzählten ihren Kunden, gedeckt vom Gesetzgeber, fromme Märchen.

Um beim Beispiel BMW X5 zu bleiben: Nach NEFZ stößt das Auto 158 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer aus, nach dem neuen WLTP-Verfahren laut Herstellerangaben im ADAC-Datenblatt 196 Gramm. Schlägt man diese Differenz innerhalb ein- und desselben Datenblattes wieder auf 20.000 Kilometer im Jahr um, reden wir schon hier von einem Unterschied von einer guten Dreivierteltonne CO<sub>2</sub>. Pro Jahr. Und nicht einmal dieser Wert stimmt wirklich. Die Hersteller berechnen den Verbrauch ihrer Autos nämlich immer noch sehr optimistisch - BMW gibt für den X5 Xdrive 30D einen WLTP-Verbrauch von 7,5 Liter auf hundert Kilometer an. Die ADAC-Motorwelt kam im Test auf 7,9 Liter. Und die "Auto, Motor und Sport" auf 9,2 Liter. Das wären dann, nach österreichischer Berechnungsmethode, mehr als 5,6 Tonnen CO<sub>2</sub> auf 20.000 Kilometer. Na, schon verwirrt?

All das ist ein Symptom für ein noch umfassenderes Problem: Wir alle sind in Wahrheit Analphabeten, was unseren eigenen CO<sub>2</sub>-Ausstoß angeht. Und das hat System.

Dem britischen "Economist" zufolge verursachen zum Beispiel britische Tomaten auf britischen Tellern mehr CO<sub>2</sub> als spanische - weil britische Gewächshäuser so kräftig geheizt werden müssen. Tatsächlich exportieren wir einen guten Teil unseres eigenen CO<sub>2</sub>-Verbrauchs. Ehrlich berechnet hat Deutschland beispielsweise im Jahr 2014, dem derzeit letzten, für das solche Zahlen verfügbar sind, 13 Prozent mehr CO<sub>2</sub> verbraucht als offiziell angegeben. Wir haben die Emissionen nur exportiert. Nach China für unsere Smartphones, nach Bangladesch oder Vietnam für Kleidung.

Wissen Sie, wie viel CO<sub>2</sub> in Ihrem neuen T-Shirt steckt? Kam es per Schiffscontainer, oder ist es ein "Fast Fashion"-Produkt, das im Flugzeug angeliefert wurde? Wussten Sie, dass bei der Produktion einer Kilokalorie in Form von Rindfleisch ungefähr fünf Mal so viel CO<sub>2</sub>-Äquivalent entsteht wie bei der gleichen Energiemenge aus Schweinefleisch? Der Markt für CO<sub>2</sub> ist für den Endverbraucher derzeit nahezu vollständig intransparent. Es ist schlicht unmöglich, ohne größeren Aufwand zu erkennen, wie klimaschädlich ein bestimmtes Produkt ist, von simplen Vergleichen wie "Bahn ist besser als Flugzeug" einmal abgesehen. Das muss sich ändern, flächendeckend und schleunigst.

Ich denke an simple, groß gedruckte, an jedem Produkt anzubringende Tafeln, die das bei Herstellung, Verpackung und Transport erzeugte CO<sub>2</sub> klar ausweisen. "In diesem T-Shirt stecken jetzt schon drei Kilogramm CO<sub>2</sub>" (das ist durchaus realistisch). Bei Produkten, die Energie verbrauchen, also Toaster, Fernseher oder Kühlschränke, sollte eine realistische Verbrauchsangabe in Kilowattstunden pro Jahr ganz oben stehen, keine kryptischen Energielabel von A+ bis A+++ . Bei Autos mit Verbrennungsmotor und anderen Gerätschaften, die beim Betrieb unmittelbar selbst CO<sub>2</sub> herstellen, muss eine ehrliche CO<sub>2</sub>-Angabe her, keine Taschenspielerrechnung.

Es wird Zeit, dass wir unseren eigenen CO<sub>2</sub>-Ausstoß lesen lernen. Bis dahin ist das Gerede davon, dass es "der Markt" schon richten werde, reine Augenwischerei - denn der Konsument kann ja nicht lesen.

# Ich und das Klima.

**A**lle reden darüber, wenig passiert. Tatsache ist: Kein vernünftiger Zeitgenosse stellt die Existenz des menschengemachten Klimawandels infrage. Und dennoch richten wir unseren Planeten kollektiv zugrunde. Für eine Spezies, die sich gerne als Krone der Schöpfung bezeichnet, ist das eine ziemlich deprimierende Reststellung. Wieso rennen wir wider besseres Wissen auf den Abgrund zu? Warum fällt es uns politisch und persönlich so schwer, klimafreundlich zu handeln? Und kann man hoffen, dass wir uns kollektiv doch noch eines vernünftigeren Lebenswandels besinnen? Schaut man das an aus Sicht der Verhaltensökonomie, ist Skepsis angebracht. Aus dieser Skepsis folgt aber keine Entschuldigung fürs Nichtstun, sondern im Gegenteil eine große Aufgabe.

**Klimafreundliches Verhalten** schließt alle Veränderungen ein, die den Ausstoß klimaschädlicher Gase wie Kohlendioxid, Methan oder Lachgas verringern. Also zum Beispiel weniger mit dem Auto fahren, Flugreisen vermeiden, den Fleischkonsum verringern, weniger heizen und Wärmedämmung verbessern, kürzer duschen und weniger baden, Produkte aus der Region kaufen. Oder sich an der Wahlurne für Parteien entscheiden, die eine klimafreundliche Politik fordern – also weg mit der Pendlerpauschale und her mit der CO<sub>2</sub>-Steuer.

Klimafreundliche Verhaltensänderungen bedeuten, dass für den Einzelnen wahrnehmbare Kosten entstehen. Und sie bewirken, dass für die Allgemeinheit der Ausstoß an klimaschädlichen Gasen sinkt. Diese sogenannten externen Effekte sind aus Sicht des Einzelnen allerdings kaum wahrnehmbar. Deshalb gibt es hier das, was die Ökonomie als klassisches Kooperationsdilemma kennt: Meine Handlungen kosten mich etwas, doch ihr »Klima-Nutzen« ist für mich kaum existent. Der Gesamtutzen meines Verhaltens ist aber ungefähr 7,5 Milliarden Mal größer – er kommt ja jedem Menschen dieser Erde zugute. Individuell wäre es also rational, sich unkooperativ zu verhalten und weiter viel zu fliegen – was für alle zusammen in die Katastrophe führt.

**Kooperation.** Klimafreundliches Verhalten ist daher immer ein Akt der Kooperation. Der ist besonders schwer für egoistisch veranlagte Menschen und schon leichter für kooperativ, altruistisch veranlagte Menschen. Sie denken immer auch an das Wohlergehen anderer. Doch für eine sich selbst verstärkende Entwicklung in Richtung Klimaretung reicht das kaum. Die meisten Menschen kooperieren nur, wenn die anderen um sie herum es auch tun. Niemand will schließlich »der Dumme« sein. (Das gilt für Länder genauso wie für Individuen.) Deshalb reicht schon eine kleine egoistische Minderheit, um Kooperation zu zerstören. Das kann man in Experimenten, die das menschliche Kooperationsverhalten studieren, immer wieder beobachten. Außerdem: Je größer die Gruppe, desto schwieriger ist Kooperation aufrechtzuerhalten – und hier geht es um die größte denkbare Gruppe überhaupt, da alle Menschen betroffen sind.

**Diskontierte Zukunft.** Kooperatives Verhalten ist also schwierig. Beim Klimaschutz kommt erschwerend hinzu, dass der Nutzen erst in der Zukunft anfällt. Da uns aber Nutzen, der in der Zukunft zu erwarten ist, weniger wert ist als Nutzen gleicher Höhe heute, ist es noch weniger attraktiv, zu kooperieren. Es folgt die Frage: Wie viel ist uns die Zukunft wert? Unsere Forschung bietet wenig ermunternde Befunde. Nach repräsentativen Umfragen in 76 Ländern, die etwa 90 Prozent der Weltbevölkerung entsprechen, verlangen die Deutschen ein Jahr später etwa ein Drittel mehr, damit es für sie noch denselben Wert hat wie heute. Weltweit ist es sogar fast die Hälfte.

Was das bedeutet, lässt sich am besten mit einem einfachen Geld-Beispiel zeigen. **Zeit-Geld** Neelke Noordhoff

→ verdentlichen. Auf die Frage, wie viel Geld man einem Deutschen in zehn Jahren zahlen muss, damit er heute auf 1000 Euro verzichtet, lautet die Antwort: 54.000 Euro. Und weltweit, also für den durchschnittlichen Eidenbürger, beträgt dieser Wert sogar 329.000 Euro. Über dreihunderttausend Euro! Und in 20 Jahren? Für Deutschland etwa 3 Millionen Euro, für die Welt 109 Millionen. Die Zahlen zeigen also, dass der durchschnittliche Deutsche nur dann bereit ist, heute Kosten in Höhe von 1000 Euro auf sich zu nehmen, wenn er dafür in 20 Jahren einen Mehrwert von drei Millionen Euro erwarten darf.

Aus Sicht des Klimaschutzes sind das extrem deprimierende Werte, weil die Kosten ja heute anfallen und der Nutzen erst in der Zukunft kommt. Man kann es auch anders sagen: Es ist den meisten Menschen ziemlich egal, was in 20 oder 30 Jahren mit der Welt los sein wird. Dabei kommt es gar nicht auf die einzelnen von uns erhobenen Werte an. Doch solange die Menschen einen großen Unterschied zwischen Heute und Morgen machen, solange sie also beim Nutzen sehr ungeduldig sind, ist zukunftsorientierte Kooperation schwierig.

→ Andere Geschichten rechtfertigen den Egoismus mit dem Heilsversprechen eines Wunders: **Klimaprobleme werden durch technologische Innovationen gelöst werden.** Aufschiebende Wirkung haben auch Geschichten mit dem Verweis auf andere, die es richten sollen oder werden: **Es braucht eine internationale Lösung.** Diese Geschichten sind auch deshalb so wirksam, weil sie im Kern richtig sind und inhaltlich von denen vertreten werden, die sich wirklich ums Klima kümmern. Aber sie verhindern eben auch, dass wir gleich aktiv werden.

Dann gibt es Geschichten der individuellen Unzulänglichkeit nach dem Motto: **Ich kann allein ohnehin nichts ausrichten.** Was nicht stimmt. Wir sind Multiplikatoren, verändern Menschen in unserem Umfeld durch unser Verhalten. Jeder, der Vegetarier wird, weiß das. Schließlich gibt es noch herabwürdigende Generalisierungen, abgetobene **Eitlen** oder schlicht **Ohnjäschisten**. Durch Diffamierung sollen klimafreundliche Ideen und Personen delegitimiert werden. Der Widerstand gegen die **Panikmache** wird zum ehren- und ruhmvollen Akt erklärt.

→ **Entschuldigungen.** Und noch eine Falle ist aufgestellt: entschuldigende Narrative, Geschichten der Verharmlosung, der Leugnung und der Herabwürdigung. Diese Geschichten sind wirkungsvoll und verbreiten sich von allein, weil sie **egoistischer Verhalten entschuldigen**. Menschen wollen als gut dastehen – und trotzdem zum Beispiel ein SUV kaufen. Das geht prima, wenn der Klimawandel gar nicht stattfindet oder das Auto mit »sauberem Diesel« fährt. Es sind Geschichten dieser Art, die das Unmögliche ermöglichen: **eigennützig handeln und trotzdem gut dastehen, vor sich und anderen.** So falsch die Geschichten meist sind, reicht es doch, dass sie plausibel klingen, wahr sein könnten und leicht zu kommunizieren sind. Dann blühen und gedeihen sie, werden munter geteilt und verringern die Kooperation.

Eine Art von Geschichten handelt direkt vom Klima. Zum Beispiel: **Der Klimawandel ist wissenschaftlich nicht bewiesen. Folglich brauche ich mein Verhalten nicht zu ändern.** Die Aussage ist insofern richtig, als die Wissenschaft tatsächlich nur Wahrscheinlichkeitsaussagen liefert. Aber die Handlungsfolge ist absurd, weil die Wissenschaft sich in diesem Falle ziemlich sicher ist. Angenommen, Sie wüssten, dass sich der Wert einer Aktie mit 99,9 Prozent Wahrscheinlichkeit verdreifacht und mit 0,1 Prozent ein wenig sinkt. Sie würden investieren. Aber als Entschuldigung funktioniert es trotzdem: Ist ja nicht bewiesen!

→ **Und nun?** Unwahrscheinlich also, dass Menschen sich im großen Stil einfach klimafreundlich verhalten. Zum einen, weil es ein schwieriger Akt der Kooperation ist. Und zum anderen, weil wir uns mit Geschichten umgeben, die unser Verhalten entschuldigen, auch wenn es egoistisch ist.

Ist es deshalb entschuldigbar, nichts zu tun? Ich meine, nein. Das Verhalten, das aufgrund unserer Psyche wahrscheinlich ist, kann nicht Maßstab einer moralischen Bewertung sein. Auch wenn es schwerfällt, bleibt es moralisch richtig, wenn der Einzelne kooperiert und damit das Gemeinwohl fördert. Übermäßiger Ressourcenverbrauch ist moralisch falsch. Ein SUV zu fahren ist, wie in einen Bach zu pinkeln, aus dem Fluss abwärts gerrunten wird. Es geht nicht nur um Kosten und Nutzen, sondern auch um richtig und falsch. Die moralisch relevante Frage lautet meines Erachtens für

**WIRTSCHAFT 31**  
Alle reden vom Klimawandel, trotzdem tut der Einzelne wenig. Wie kommt das? Die Verhaltensökonomie hat ein paar Erklärungen parat **VON ARMIN FALK**

nach Immanuel Kant, wie ich einen Konsumpfad wähle, von dem ich *wollen kann*, dass ihn 7,5 Milliarden Menschen auch wählen. Wie sähe der aus? Wie viel Platz wäre dort für ein SUV oder Flugreisen? So schwer sie fällt: Kooperation ist aus Sicht des Gemeinwohls richtig. Daher kann man hoffen, dass die Gesellschaft soziale Normen der Umweltkooperation herausbildet. Soziale Normen entstehen genau dort, wo Kooperationsprobleme gelöst werden müssen. Ihre Wirkung entfalten sie durch Gefühle von Schuld und Scham sowie durch Strafen, Sanktionen oder sozialen Ausschluss. Ein gutes Beispiel ist das Rauchen in öffentlichen Räumen. Noch vor Kurzem war es vollkommen normal, in einem Bahnhof oder einer Kneipe zu rauchen. Heute ist es sozial gestraft. Wann beginnen sich Menschen zu schämen oder werden sozial sanktioniert, wenn sie nicht Tabakrauch sondern klimaschädliche Gase emittieren? Die Wissenschaft weiß nichts darüber, in welcher Geschwindigkeit sich welche Normen herausbilden und wie wirksam sie sind. Die Vermutung liegt nahe, dass die sozialen Normen sich möglicherweise zu langsam herausbilden, um das Kooperationsproblem dezentral zu lösen. Hoffentlich ist das ein Irrtum.

Armin Falk ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn und Direktor des briq-Instituts für Verhalten und Ungleichheit

Die Gesellschaft formuliert immer neue Unternehmensziele wie Nachhaltigkeit oder Klimaschutz. Wo diese mit dem Interesse des Unternehmens nicht vereinbar sind, muss der Gesetzgeber aktiv werden. Von Thomas Hutzschenreuter

W ir erleben gegenwärtig einen Kampf um die Höhe der Unternehmensziele, insbesondere für börsennotierte, stark in der Öffentlichkeit stehende Unternehmen. Es stehen neue Forderungen aus dem Boden, nach denen sich Unternehmen ausrichten und denen sie Folge leisten sollen. Beispiele für derartige sich weitestgehend überschneidende und momentan besond. wichtige Forderungen sind Nachhaltigkeit, Corporate Social Responsibility (CSR), Klimaziele, gesellschaftliche Verantwortung (z. B. Klimaziele, gesellschaftliche Verantwortung) und (interne) Verantwortlichkeit und Abrechnung (Vergütung und Abrechnung von Vorständen und Aufsichtsräten). Diese Forderungen sind nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in den Unternehmen selbst, in den Aufsichtsräten und in den Vorständen, ein Thema. Die Forderungen sind nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in den Unternehmen selbst, in den Aufsichtsräten und in den Vorständen, ein Thema. Die Forderungen sind nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in den Unternehmen selbst, in den Aufsichtsräten und in den Vorständen, ein Thema.

# Das Unternehmen geht vor

## DER BETRIEBSWIRT

Die Gesellschaft formuliert immer neue Unternehmensziele wie Nachhaltigkeit oder Klimaschutz. Wo diese mit dem Interesse des Unternehmens nicht vereinbar sind, muss der Gesetzgeber aktiv werden. Von Thomas Hutzschenreuter

W ir erleben gegenwärtig einen Kampf um die Höhe der Unternehmensziele, insbesondere für börsennotierte, stark in der Öffentlichkeit stehende Unternehmen. Es stehen neue Forderungen aus dem Boden, nach denen sich Unternehmen ausrichten und denen sie Folge leisten sollen. Beispiele für derartige sich weitestgehend überschneidende und momentan besond. wichtige Forderungen sind Nachhaltigkeit, Corporate Social Responsibility (CSR), Klimaziele, gesellschaftliche Verantwortung (z. B. Klimaziele, gesellschaftliche Verantwortung) und (interne) Verantwortlichkeit und Abrechnung (Vergütung und Abrechnung von Vorständen und Aufsichtsräten). Diese Forderungen sind nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in den Unternehmen selbst, in den Aufsichtsräten und in den Vorständen, ein Thema. Die Forderungen sind nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in den Unternehmen selbst, in den Aufsichtsräten und in den Vorständen, ein Thema.



Illustration: Peter von Falkenberg

### Zielpluralismus und Zielkonflikte zum Unternehmen

Das Unternehmen geht vor. Die Forderungen sind nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in den Unternehmen selbst, in den Aufsichtsräten und in den Vorständen, ein Thema. Die Forderungen sind nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in den Unternehmen selbst, in den Aufsichtsräten und in den Vorständen, ein Thema.

### Zielpluralismus und Zielkonflikte zum Unternehmen

Das Unternehmen geht vor. Die Forderungen sind nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in den Unternehmen selbst, in den Aufsichtsräten und in den Vorständen, ein Thema. Die Forderungen sind nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in den Unternehmen selbst, in den Aufsichtsräten und in den Vorständen, ein Thema.

Illustration: Peter von Falkenberg

### Unternehmensinteresse als Maxime

Unternehmensinteresse ist die Maxime, die sich aus dem Zielkonflikt zwischen den verschiedenen Interessen ergibt. Es ist die Maxime, die sich aus dem Zielkonflikt zwischen den verschiedenen Interessen ergibt.

### Unternehmensinteresse als Maxime

Unternehmensinteresse ist die Maxime, die sich aus dem Zielkonflikt zwischen den verschiedenen Interessen ergibt. Es ist die Maxime, die sich aus dem Zielkonflikt zwischen den verschiedenen Interessen ergibt.

Illustration: Peter von Falkenberg

### Unternehmensinteresse als Maxime

Unternehmensinteresse ist die Maxime, die sich aus dem Zielkonflikt zwischen den verschiedenen Interessen ergibt. Es ist die Maxime, die sich aus dem Zielkonflikt zwischen den verschiedenen Interessen ergibt.

Illustration: Peter von Falkenberg

yahoo!



Anmelden



Mail

Werbung schließen | X

News

## Wann ist man reich? Wie Einkommen und Vermögen in Deutschland verteilt sind

• Do., 15. Oktober 2020, 6:13 AM MESZ



Reich zu sein bedarf es wenig, wie eine Analyse des Handelsblatts zeigt. Zur Einkommens- und Vermögensoberschicht gehört man schon viel früher, als die meisten denken.



Das Ehepaar kommt monatlich gemeinsam auf einen Bruttoverdienst von etwa 30.000 Euro. Foto: dpa

Anders als etwa in den USA ist reich zu sein in Deutschland eher peinlich. Alle wollen zur Mittelschicht gehören, nicht nur Multimillionäre wie Friedrich Merz (CDU) oder Gutverdiener wie Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz (SPD). Fragt man die Deutschen, wo das Reichsein anfängt, setzen sie die Untergrenze dafür in etwa bei einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 7000 und 10.000 Euro, berichtet Judith Niehues, Leiterin Methodenentwicklung beim Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Die Deutschen gehen der Expertin zufolge davon aus, dass ein Fünftel der Bevölkerung so viel Geld jeden Monat verdient.

Doch die Realität sieht anders aus: Allenfalls drei Prozent der Haushalte in Deutschland verfügen laut IW über dieses monatliche Nettoeinkommen. Betrachtet man die einkommensstärksten 20 Prozent der Haushalte in Deutschland, dann wäre man bereits mit einem Nettomonatseinkommen von knapp 3000 Euro reich.

### Finanztest: Welche Geldanlage lohnt sich für Kinder?

Legt man diesen Maßstab an, wäre Finanzminister Scholz ohne Zweifel dem Kreis der Reichen zuzurechnen. Der SPD-Politiker hatte kürzlich eine Debatte ausgelöst, indem er auf die Interview-Frage, ob er sich als „reich“ bezeichnen würde, geantwortet hatte, er verdiene „ganz gut“. Er würde sich aber nicht als reich empfinden, hatte der SPD-Kanzlerkandidat ergänzt.

## Dekbed zonder overtrek

Nooit meer een overtrek  
doen om het dekbed  
doen. Altijd snel klaar

Corona-Regeln, Kinderbonus, Pflege: Das ändert sich im Oktober

Yahoo Finanzen

Erlebe die neue Siemensstadt

Siemens Anzeige



yahoo!



Anmelden



Mail



Euro Bruttoverdienst pro Monat. Ist das Ehepaar nun reich, oder gehört es noch zur oberen Mittelschicht?

### Grenzen der oberen Mittelschicht

Für Niehues beginnt die obere Mittelschicht bei 150 Prozent des mittleren monatlichen Nettoeinkommens von knapp 2000 Euro und reicht bis zum Zweieinhalbfachen dieses Betrags: Das wären dann knapp 4900 Euro. Einkommensreichtum beginnt für sie über diesem Schwellenwert. Nur 3,3 Prozent der Haushalte in Deutschland sind „einkommensreich“ – das Ehepaar Scholz zählt demnach dazu. 15 Prozent der Bevölkerung gehören dagegen laut dieser Definition zur oberen Mittelschicht.

Stefan Bach, Steuer- und Verteilungsexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), verortet allerdings die Grenze der Mittelschicht noch weiter oben. Für ihn ist man mit 60.000 Euro netto im Jahr „Besserverdiener“, ein Zwischenschritt zum Einkommensreichen. „Viele darüber fühlen sich sicher noch als Mittelschicht, nicht nur Herr Merz“, urteilt Bach.

Bach zieht die Grenze zum Einkommensreichtum dort, wo das oberste Hundertstel der Einkommen beginnt. Um zu diesem Kreis zu gehören, muss man mindestens 160.000 Euro brutto im Jahr verdienen. Auch bei dieser Definition zählte Scholz zu den Reichen im Lande.

Schwerer ist es, zu den Einkommensreichen zu gehören, wenn man die Reichensteuer zum Maßstab nimmt, die als Alleinstehende ab einem steuerpflichtigen Einkommen von 265.327 Euro einen erhöhten Steuersatz von 45 Prozent zahlen müssen. Das trifft 163.000 Steuerzahler oder rund 0,2 Prozent der Bevölkerung.

### Die Mitte liegt tief

In der Mitte der Verteilung liegt man mit 22.500 Euro Jahresbrutto pro Haushaltsmitglied. Die genannten Grenzen der Einkommensschichten beruhen auf dem sogenannten äquivalenzgewichteten Haushaltseinkommen pro Person, das die OECD anlegt. Dabei wird das Gesamteinkommen auf alle Haushaltsmitglieder aufgeteilt.

Das erste erwachsene Haushaltsmitglied wird dabei mit eins, jedes weitere ab 14 Jahren mit 0,5 angesetzt, Kinder mit dem Faktor 0,3. Das soll die Ersparnisse in der gemeinsamen Haushaltsführung und geringeren Bedarf der Kinder widerspiegeln und die Haushaltsmitglieder mit Single-Haushalten vergleichbar machen.

Paare teilen also das Gesamteinkommen durch 1,5, um ihre Position in dieser Verteilung zu bestimmen. Ein Paar mit einem Kind teilt das Gesamteinkommen durch 1,8, eines mit zwei Kindern durch 2,1.

Wem die Bedarfsfaktoren der OECD für die Haushaltsmitglieder arg niedrig vorkommen: Das Statistische Bundesamt nennt sie „willkürlich“ gewählt. Bevor die OECD sie modifiziert hat, lagen sie deutlich höher, die ausgewiesenen Äquivalenzeinkommen pro Haushaltsmitglied also deutlich niedriger.

### Vermögend schon mit einem Auto

Während sich die Einkommen stark im mittleren Bereich ballen, sodass man davon sprechen kann, dass der ganz überwiegende Teil der Bevölkerung zur Einkommens-Mittelschicht gehört, sieht es beim Vermögen ganz anders aus. Hier steht eine Mehrheit der Habenichtse einer Minderheit von Menschen mit großen Vermögen gegenüber. Dazwischen liegt eine eher schmale wohlhabende Mittelschicht.

Laut einer Untersuchung des beim DIW angesiedelten Sozioökonomischen Panels (SOEP) von Juli reicht ein Nettovermögen nach Abzug der Schulden im Wert eines neuen Mittelklassenautos, um zur vermögenderen Hälfte der Bevölkerung zu gehören: knapp 23.000 Euro. Die untere Hälfte der Bevölkerung hat insgesamt betrachtet so viele Schulden wie Vermögenswerte.

Mit einem Nettovermögen von 126.000 Euro, also etwa einem halb abbezahlten Haus

Rückrufe bei Aldi, Lidl, Edeka, Marktkauf & Penny

Yahoo Finanzen

Verbraucherzentrale warnt vor „Spray für alle Fälle“

Yahoo Finanzen

Größtes Update seit Jahren: Apple launcht das iPhone 12

Yahoo Finanzen

Aschaffenburg: 3 Singlebörsen, die wirklich funktionieren

Top 10 Beste Singlebörsen Anzeige

Bundesweite Rückrufe für zwei Lebensmittel

Yahoo Finanzen





yahoo!



Anmelden



Mail



### Das Haben bestimmt das Sein

Die Beispiele sind nicht zufällig gewählt. Für die unteren Einkommensschichten ist der fahrbare Untersatz meist der wichtigste Vermögenswert. Darüber, bis dort wo der Reichtum beginnt, besteht das Vermögen überwiegend aus den Wohnungen und Häusern, in denen man wohnt. Hinzu kommen bei den Bessergestellten noch in gewissem Umfang vermietete Immobilien.

Wer zum reichsten Prozent gehört und besonders zu den reichsten 0,1 Prozent, hat dagegen vor allem Betriebsvermögen. 1,3 Millionen Euro muss man netto sein Eigen nennen, um zur erstgenannten Gruppe zu gehören, knapp 5,5 Millionen bringen einen in das reichste Tausendstel der Deutschen.

### Wer wird Millionär?

Der typische Vermögensmillionär sieht so aus, wie ihn die meisten sich vorstellen werden: ein weißer älterer Herr (west-)deutscher Abstammung oder in den Worten des SOEP: „Sie sind überdurchschnittlich häufig männlich, haben einen überdurchschnittlichen Bildungsabschluss, sind älter als der Rest der Bevölkerung und haben unterdurchschnittlich häufig einen Migrationshintergrund.“

Millionäre haben auch, wenig überraschend, mit über 7600 Euro ein weit überdurchschnittliches Nettoeinkommen (gewichtetes Haushaltseinkommen) und sparen überdurchschnittlich. Auch deshalb können sie schneller zusätzliches Vermögen akkumulieren als die Nichtmillionäre.

Wenn Millionäre arbeiten, dann in der Regel selbstständig, unternehmerisch oder als Geschäftsführer oder in ähnlicher leitender Position. Diejenigen, die arbeiten, arbeiten mit 47 Stunden pro Woche erheblich mehr als der Durchschnitt.

In ihren Persönlichkeitsmerkmalen unterscheiden sich Millionäre vor allem in zwei Eigenschaften von den Nichtreichen. Eine gebräuchliche Einteilung in der Persönlichkeitspsychologie ist das Fünf-Faktoren-Modell. Bei den drei Hauptdimensionen Offenheit für Erfahrungen, Gewissenhaftigkeit und Extroversion (Geselligkeit) gibt es laut den Befragungen des SOEP keinen Unterschied. Bei Neurotizismus haben Millionäre etwas höhere Werte.

Aber der einzige große Unterschied bei diesen fünf Merkmalen liegt darin, dass Millionäre deutlich weniger verträgliche Menschen sind. Das jedenfalls ergeben die SOEP-Befragungen. Rücksichtnahme, Kooperationsbereitschaft und Einfühlungsvermögen sind demnach bei ihnen im Durchschnitt wenig ausgeprägt.

Den zweiten großen Unterschied gibt es bei einer Eigenschaft, die unter den „Großen Fünf“ nicht separat ausgewiesen ist. Millionäre sind im Durchschnitt sehr risikofreudig. Von ihnen weisen der SOEP-Befragung zufolge 40 Prozent die drei höchsten Werte von acht bis zehn auf. Bei der übrigen Bevölkerung ist der Anteil weniger als halb so hoch

Ob Millionäre es sich einfach besser leisten können, Risiken einzugehen, weil sie Reserven haben, oder ob sie reich geworden sind, weil sie Risiken eingegangen sind, lässt sich aus der Befragung nicht ablesen.

Fragt man die Millionäre, wie sie reich geworden sind, so sind Arbeit und unternehmerisches Geschick die Hauptfaktoren. Erbschaften, Schenkungen und Glück spielen dagegen nach ihrer Selbstwahrnehmung nur eine untergeordnete Rolle.

**Video: So viel sollte man mit 30, 40 & 50 gespart haben**

**Corona-Krise sorgt für Preisexplosion bei Rassehunden**

Yahoo Finanzen

**Coca-Cola nimmt ein Produkt aus dem Handel und streicht Stellen**

Yahoo Finanzen

**Wie 2 Deutsche die Hörgeräte-Industrie aufmischen**

Hören Heute Anzeige

**Aktuelle Rückrufaktionen – Pastalöffel enthält Giftstoffe**

Yahoo Finanzen

**Verbraucherzentrale prüft insektenhaltige Lebensmittel**

Yahoo Finanzen





Aus: Braunschweiger Zeitung, 30.10.19

...cl w/ci  
Mobilitätsexperte.

...ung sollte man sich  
wirklich ein Auto braucht

# Amnesty: Hersteller müssen in die Pflicht genommen werden

## Die Gewinnung von Lithium für Batterien in E-Autos raubt Menschen Grundwasser, Kobalt wird im Kongo auch von Kindern abgebaut.

Von Hannah Schmitz

**Berlin.** Nach Plänen der Bundesregierung sollen 2022 eine Million Elektroautos auf deutschen Straßen fahren. Sie sollen helfen, die Klimaschutzziele zu erreichen. Die Produktion der Batterien für E-Autos geht aber auf Kosten von Umwelt und Menschen. Mathias John, Experte für Wirtschaft und Menschenrechte bei Amnesty International Deutschland, fordert, dass Autohersteller und Zulieferer per Gesetz verpflichtet werden, ihre menschenrechtliche Sorgfaltspflichten bis zum kleinsten Zulieferer zu wahren.

**Herr John, steckt in jedem E-Auto, dass wir fahren, Kinderarbeit und Umweltzerstörung?**  
Das Risiko besteht. Alle, die sich ein Elektroauto kaufen, sollten den Hersteller fragen, woher er eigentlich das Kobalt und Lithium bezieht. Und ob er ausschließen kann, dass in der Produktion Menschenrechte verletzt wurden. So erhöht sich der Druck auf die Industrie.

**Kobalt sitzt in der Kathode einer Batteriezelle und sorgt dafür, dass sie nicht ihre Struktur verliert. Können Sie das erklären?**  
Ja, das ist eine Chance. Wir brauchen jetzt eine verbindliche Umsetzung der Sorgfaltspflichten, und zwar für alle Wertschöpfungsketten, egal ob beim Handy, PC oder Elektroauto.

**balt ist damit ein sehr entscheidendes Material in der Batteriezellenproduktion. Was ist an der Gewinnung problematisch?**

Rund 60 Prozent der Kobalt-Erze kommen aus der Demokratischen Republik Kongo. Dort gibt es große Minen. Sie sind auch nicht unproblematisch, was die Arbeitsbedingungen angeht. Das größere Problem ist aber der handwerkliche Kleinbergbau, der rund 20 Prozent der Minen im Kongo ausmacht. Er ist grundsätzlich erlaubt, aber weitgehend unreguliert und daher von Menschenrechtsverletzungen begleitet. Es gibt in diesen Minen praktisch keinen Arbeitsschutz. Durch giftige Erzstäube und eine hohe Unfallgefahr besteht ein hohes Risiko für die eigene Gesundheit – und Kinderarbeit ist an der Tagesordnung.

Die Menschen, die dort arbeiten, sind von Armut getrieben. Zur Zeit unserer Studie Ende 2017 haben rund 40.000 Kinder ab sieben Jahren bis zu zwölf Stunden täglich in solchen handwerklichen Kleinminen gearbeitet, Steine abtransportiert, sie gewaschen oder ähnliches. Wir kritisieren die kongolesische Regierung, dass sie nichts dagegen tut. Zwar hat sie mittlerweile zuge-



Eine aufgeschüttete Straße mitten im Salzsee von Uyuni in Bolivien. Hier wird Lithium, auch „weißes Gold“ genannt, abgebaut. FOTO: GEORG ISHAR/DPA

sagt, Kinderarbeit in den Minen bis 2025 zu beenden. Aber sie muss auch Perspektiven bieten, zum Beispiel Kindern Schulbildung ermöglichen.

**Was tun deutsche Autobauer, die womöglich auch auf Kosten dieser Kinder Gewinne einfahren? Auch unser Leser Hans-Andes Westfeld aus Gifhorn bemängelt, dass Kinderarbeit in Kauf genommen wird.**

Alle Firmen, die mit Lithium-Ionen-Akkus zu tun haben, müssen sich darum kümmern, dass sie keinen Kobalt verwenden, bei dessen Förderung und Verarbeitung es zu Menschenrechtsverletzungen kommt. Das ist eine menschen-

nicht wissen, welche weitere Maßnahmen das Unternehmen entlang der Lieferkette trifft.

Wir gehen davon aus, dass die beiden Berichte von Amnesty International zur Kinderarbeit bei der Kobaltförderung die Unternehmen aufgründelt haben, zumal sich auch die beiden anderen deutsche Autobauer in unserer Studie, Volkswagen und Daimler, um menschenrechtliche Sorgfalt bemühen. Wir und auch andere sind weiter mit den Autobauern im Gespräch

**BMW hat angekündigt, ab 2020/21 kein Kobalt mehr aus dem Kongo nutzen zu wollen. Sollen sich die anderen Hersteller daran nicht ein Beispiel nehmen, und das Erz lieber aus China, Kanada oder Australien beziehen?**

Aus meiner Sicht ist es auch problematisch, sich komplett aus dem Kongo zurückzuziehen, weil der armen Bevölkerung damit eine Perspektive genommen wird. Die Unternehmen sollten sich besser für die Abschaffung der Kinderarbeit, sicherere Arbeitsbedingungen und existenzsichernde Löhne einsetzen.

**Lithium ist das zweite in Batterien verbaute Material, das als kritisch**

**gilt. Weshalb?**  
Das Problem ist vor allem der Abbau in Lateinamerika, wo Lithiumsalze – anders als in Australien – aus den großen Salzseen gewonnen werden. Für die Verarbeitung werden große Mengen Wasser benötigt, das in der Landwirtschaft und den Menschen fehlt – eine klare Verletzung des Rechts auf Wasser.

Zudem wird der Abbau weitgehend ohne Konsultation oder Beteiligung der örtlichen Bevölkerung gemacht, was eine weitere Rechtsverletzung ist. Und die Beschaffungswege von Lithium sind heute intransparent, das muss sich ändern. Das ist eine Voraussetzung für menschenrechtliche Sorgfalt.

**Auch in PCs oder Smartphones sind kritische Rohstoffe verbaut. Ist dieser von Politik und Industrie groß angelegte Masterplan zur Einführung der E-Mobilität vielleicht auch eine Chance, eine möglichst umweltfreundliche und faire Produktion zu erreichen?**

Ja, das ist eine Chance. Wir brauchen jetzt eine verbindliche Umsetzung der Sorgfaltspflichten, und zwar für alle Wertschöpfungsketten, egal ob beim Handy, PC oder Elektroauto.



Ungleichheit: Wer viel erbt, zahlt kaum Steuern

Freizeitvergnügen auf der Galopprennbahn: Die Reichen in Deutschland werden immer reicher. Das liegt auch an der Besteuerung von Erbschaften, wie neue statistische Daten zeigen.

Großerben in Deutschland zahlten auf Erbschaften im Gesamtwert von 31 Milliarden Euro nur etwa fünf Prozent Steuer, zeigt eine neue Auswertung.

Ein Grund dafür ist, dass große Vermögen oft in Form von Firmenanteilen vererbt werden.

Wirtschaftsverbände verteidigen gesetzliche Ausnahmen für Unternehmenserben vehement. Ökonomen fordern zumindest Anpassungen.

Von Alexander Hagelüken

"Wenn ich scheid aus diesem Elend und laß hinter mir ein Testament", dichtet Goethe in Hans Liederlich, "so wird daraus nur Zank." Womöglich trifft der Altmeister die Gegenwart damit nur zum Teil. Jedenfalls gilt dies nicht für alle der gut 600 Deutschen, die 2018 mehr als zehn Millionen Euro erbten oder geschenkt bekamen. "Nur Zank"? Kaum. Denn die Großerben mussten nicht ernsthaft mit dem Fiskus teilen. Sie erhielten zusammen 31 Milliarden Euro, eine Summe fast so hoch wie die ganzen Investitionen des Bundes oder das jährliche Kindergeld für zehn Millionen Eltern. Die Großerben zahlten auf diese 31 Milliarden nur fünf Prozent Steuer, ergaben Auswertungen des Statistischen Bundesamts, die der Süddeutschen Zeitung vorliegen.

Dieser kleine Prozentsatz mag jeden überraschen, der weiß, dass das Gesetz jenseits der Freibeträge und bei entfernteren Verwandten auch Erbschaftsteuern von 30 bis 50 Prozent vorsieht. Und dass für Arbeitnehmer ab etwa 5000 Euro brutto monatlich der Spitzensatz der Einkommensteuer von 42 Prozent anfällt. Wie sind die günstigen Großerbschaften möglich, die eine parlamentarische Anfrage der Linken ans Licht bringt? "Wird eine Firma vererbt oder verschenkt, muss meist weit weniger versteuert werden als etwa bei Wertpapieren oder Immobilien", erklärt Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). "Und die Topvermögen bestehen eben zum großen Teil aus Firmen."

Steuern und Abgaben Die Regierung muss den Wohlstand besser verteilen

Unfreiwillig hat Verena Bahlsen mit ihren irritierenden Äußerungen den Blick auf die Privilegien für Firmenerben gelenkt - und auf ungerechte Steuergesetze. Kommentar von Alexander Hagelüken

So entstehen scharfe Gegensätze. "Die ärmere Hälfte der Bevölkerung erbt fast nichts", weiß Bach aus seiner Forschung. Wer aus der Mittelschicht steuerpflichtig bis eine Million Euro bekommt, zahlt im Schnitt zehn Prozent ans Finanzamt. Wem dagegen mehr als 100 Millionen Euro in den Schoß fallen, der muss laut der Statistiker-Daten nur halb so viel abgeben. Zwei Drittel dieser XXL-Erben, die vergangenes Jahr zusammen 15 Milliarden Euro kassierten, zahlten gar nichts.

"Deutschland ist ein Steuerparadies für Multimillionäre"

"Je höher das geerbte oder geschenkte Vermögen, desto geringer die Steuerbelastung", folgert Dietmar Bartsch, Fraktionschef der Linken im Bundestag. "Deutschland ist ein Steuerparadies für Multimillionäre. Es ist extrem ungerecht, dass Kinder in Armut leben müssen, Rentner immer mehr zur Kasse gebeten werden, die Mitte keine spürbare Entlastung erfährt und superreiche Erben und Beschenkte auf astronomische Summen kaum Steuern zahlen."

Wirtschaftsverbände verteidigen die gesetzlichen Ausnahmen für Unternehmenserben vehement. Das Vermögen stecke oft in der Firma. Müssten höhere Steuern bezahlt werden, erzwingen das den Verkauf von Anteilen. Das sei etwa bei Familienunternehmen kompliziert und könne ohnehin negative Effekte haben. Insgesamt sicherten die Ausnahmen viele Arbeitsplätze, gerade im Mittelstand. Auch Ökonomen wie Stefan Bach finden es richtig, Firmenübertragungen zu bevorzugen, um gesamtwirtschaftliche Schäden zu vermeiden. "Die Politik soll Rücksicht nehmen" sagt der DIW-Steuerexperte. "Aber nicht so viel wie heute. Sonst zerstört sie die Legitimation der Erbschaftsteuer, die Vermögen erfassen soll, das jemand ohne Leistung erwirbt". Das Bundesverfassungsgericht rügte 2014 das Ausmaß der Unterschiede zwischen Firmen- und anderen Erben. Die Bundesregierung musste die Vorschriften verschärfen. Auf Druck der Wirtschaft änderte sie unter dem Strich allerdings wenig. "Die aktuelle Besteuerung der Reichen verstärkt die Ungleichheit in Deutschland weiter", analysiert Bach. Nach Daten der Europäischen Zentralbank liegt das mittlere Vermögen in der Bundesrepublik niedriger als in fast allen anderen Eurostaaten. Rund 40 reichen Haushalten, sehr häufig Firmenerben etwa von Aldi oder BMW, gehört nach DIW-Berechnungen so viel wie der gesamten ärmeren Hälfte der deutschen Bevölkerung. Wer überhaupt etwas erbt oder geschenkt bekommt, erhält in der Hälfte der Fälle weniger als 50 000 Euro. Erbschaften über fünf Millionen machen 0,1 Prozent der Fälle aus - aber die Hälfte aller Firmenvermögen, die übertragen werden.

Schenkungen oder Stiftungen sollen helfen, Steuern zu umgehen

Um den Erben Steuern zu ersparen, verschenken Eigentümer das Unternehmen oft vorab oder wählen Stiftungslösungen. Die Auswertungen des Statistischen Bundesamts zeigen, wie viel Steuern in der Realität bei Schenkungen anfallen. Beziehungsweise: wie wenig. Von jenen etwa 30 Bürgern, die 2018 100 Millionen Euro oder mehr geschenkt bekamen, zahlten nur fünf überhaupt etwas. Im Schnitt waren es insgesamt 0,2 Prozent Steuern.

"Für Superreiche gelten in Deutschland offenkundig Apple-Steuersätze", kritisiert Dietmar Bartsch. "Das deutsche Steuersystem züchtet so einen Geldadel, der von seinem Beitrag für die Allgemeinheit weitgehend befreit ist. Wir brauchen eine große Reform, die Superreiche und Konzerne zur Kasse bittet und gleichzeitig kleine und mittlere Einkommen und Betriebe entlastet."

Stefan Bach fordert eine Mindeststeuer für große Firmenvermögen von zehn bis 15 Prozent. Die Jahreseinnahmen aus der Erbschaftsteuer von aktuell sieben Milliarden Euro würden sich verdoppeln. "Mit dem Geld ließe sich die gebeutelte Mittelschicht entlasten", schlägt der DIW-Ökonom vor. "Oder die Bildungsausgaben für die ärmere Hälfte der Bevölkerung erhöhen, die nichts erbt."